

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 9. Juli 1920, Nr. 224.

Ein Preis der Stadt Wien für das Wetschwimmen „Quer durch Wien“. Der Arbeiter- und Soldaten-Sportverein veranstaltet am 26. Juli ein Wetschwimmen „Quer durch Wien“ und „Quer durch die alte Donau“. Der Stadtsenat hat beschlossen, für diese Veranstaltung eine Broncestatuette, die Siegerin als Wandpreis der Stadt Wien zu widmen.

Kartoffelabgabe. Samstag bis Montag werden in den Bezirken 16 bis 19 ausländische Kartoffel zum Preise von K 11.10 per kg, und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „N“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 9. Juli 1920, Nr. 225.

Die Auflassung der Automatgasanlagen. Im Dezember 1905 wurde mit der Ausführung der Automateinrichtungen für die Gasabgabe begonnen und bis Mitte des Jahres 1914 fortgesetzt. Die während des Krieges bestandenen und auch jetzt noch andauernden Verhältnisse machen die weitere Ausführung von Automatenanlagen unmöglich. Die Verhältnisse, die die Form der Durchführung der Gasabgabe durch Automaten bestimmten, haben sich derart geändert, daß sich bereits die Notwendigkeit ergab, die wesentlichste Eigenart der Abgabe von Gas durch Automatenbestimmungen - die Vorauszahlung des Gases - aufzulassen. Diese Form der Bezahlung der verbrauchten Gasmenge ist an die Voraussetzung geknüpft, daß der Gaspreis auf lange Zeit hinaus keine Änderung erfährt. Der im Jahre 1917 eingetretene Gaspreiserhöhung von 17 auf 20 Heller konnte noch durch die monatliche Einhebung eines Zuschlages Rechnung getragen werden. Die späteren Gaspreiserhöhungen gestatteten die Anwendung dieses Aushilfsmittels nicht mehr. Die Verrechnung und Geldeinhebung der durch Gasautomaten verbrauchten Gasmenge mußte dann im allgemeinen in der gleichen Weise durchgeführt werden wie beim Bezug von Gas durch gewöhnliche Gasmesser. Jetzt bezahlen die Mieter von Automateinrichtungen den gleichen Gaspreis und die gleiche Zählermiete wie die übrigen Abnehmer und außerdem für die Benützung der seinerzeit hergestellten Leitungen und der beigegebenen Gasverbrauchsgeräte eine monatliche Mietgebühr von 60 Heller. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse hat der Stadtsenat beschlossen, die Abgabe von Gas durch Automatenbestimmungen und die mietweise Ueberlassung von Gasverbrauchsgeräten aufzulassen. Den Mietern von Automatenanlagen werde die von ihnen benützten Gasverbrauchseinrichtungen

käuflich überlassen. Für mehrflamige Luster ist ein entsprechender Ablösebetrag festzusetzen. Der Kaufpreis kann in 6wöchentlichen Teilbeträgen von mindestens 30 K abgestattet werden. Die Automatenwerke werden ausgeschaltet, so daß die Gasmesser als gewöhnliche Gasmesser verwendbar sind. Die Miete für den Gasmesser wird mit monatlich 60 Heller festgesetzt. Durch diese neue Einrichtung wird wie früher durch die Automateinrichtungen den minderbemittelten Kreisen, in deren Wohnungen weder Gasleitungen noch Verbrauchseinrichtungen vorhanden sind, die Möglichkeit gegeben, Gas zu verwenden, ohne daß vorerst der Wohnungsmieter die Kosten für die Herstellung der Gasleitungen in seiner Wohnung aufgewendet werden müssen.

Falsche Strassenbahn-Vorverkaufskarten nicht festgestellt. wie uns von der Direktion der Strassenbahn mitgeteilt wird, konnten bis jetzt gefälschte Strassenbahn-Vorverkaufsscheine nicht festgestellt werden. Ebenso wenig konnte auch der Ursprung der Gerüchte nicht eruirt werden. Zur Sicherheit der Fahrgäste empfiehlt es sich aber jedenfalls, nur bei den Vorverkaufsstellen der Strassenbahn Vorverkaufsscheine zu lösen, weil nur für solche Fahrscheine seitens der Direktion eine Haftung übernommen wird.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung, vom 9. Juli 1920.

Vorsitzender Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß GR. Alois Jockl mit Rücksicht auf seinen geschwächten Gesundheitszustand gezwungen ist, das Gemeinderatsmandat niederzulegen. An seine Stelle wird der Bürgermeister den nächstfolgenden Ersatzmann Georg Strasser, Straßenbahner in den Gemeinderat einberufen. Gespendet haben:

Die Oesterreichisch-Ungarische Hilfe in Chigago für die notleidende Bevölkerung 416.667 K.

Der Französische Konsul in Wien Graf Saint Jean de Saint Sauveur als Erträgnis einer Sammlung des Vereines „Bienfaisance France Belge“ zu Gunsten der armen Kinder 6183 K.

Helene Deutsch, XIX., für arme alte Deblänger 4000 K.

Johann Track, Direktor der Mädchen Volksschule X. Keplerplatz als Erträgnis einer Vorstellung und einer Sammlung für eine nach ihm zu benennende und von der Gemeinde zu verwaltende Stiftung zur Unterstützung armer und würdiger SchülerInnen der bezeichneten Schule 3070 K.

Emilie Offensandt als Legat zu Gunsten der Dr. Lueger - Stiftung 4000 K.

Josefine Winter zugunsten der notleidenden Bevölkerung Wiens 1000 K.

Franz und Helene Klokus in Cleveland, Stadt Ohio in Nordamerika zugunsten der notleidenden Wiener Kinder 1000 K

Baudirektor Rudolf Bode XIII., für die Armen dieses Bezirkes 5000 K,

Prof. Dr. Ing. R. S. Zsigmondy in Göttingen für wohltätige Zwecke 400 K,

Der Hilfsfond für die hungernden Wiener Kinder in Philadelphia in Nordamerika zur Verteilung an besonders bedürftige Schulen 10 Anweisungen auf 50 Dollar-Pakete.

Rafael Soro für notleidende Wiener Waisenkinder eine Anweisung auf 4 10-Dollarpakete.

Ein Antrag des GR. Karl Paulitschke (chr. soz.) wegen Erhöhung der Diensteszulagen der als Konzeptreferenten verwendeten Kanzleikräfte mit der Magistratsdirektion zur Berichterstattung zugewiesen.

Ein Antrag des GR. Johann Gröbner (Soz. Dem.) wegen Abstellung des nächtlichen Treibens von Dirnen und deren „Uhalttern“ auf dem Neulerchenfeldergürtel wird an den Magistrat wegen Vorlage an die Polizeidirektion geleitet.

Ein Antrag des GR. Johann Körber (chr. soz.) wegen Freigabe der ungarischen Obst- und Gemüsezufuhren wird an den Magistrat zur weiteren Veranlassung gewiesen.

Ein Antrag des GR. Rotter (chr. soz.) wegen Erlassung eines Verbotes der unbefugten Entnahme von Holz aus dem Wiener Wald wird dem Magistrat zur Berichterstattung an den zuständigen Ausschuss zugemittelt.

Ein Antrag des GR. Vaugein (chr. soz.) in Angelegenheit der Preiserhöhung der den Bediensteten in den Humanitätsanstalten verabreichten Speisennur wird dem amtsführenden Stadtrat Winter zugewiesen.

Zu den Geschäftsstücken der Tagesordnung 1, 2, 6-10, 13-16, 18-20, und 22 ~~Wäre keine Wortmeldung erfolgt, sie sind daher als angenommen zu betrachten.~~

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VB. Emmerling berichtet über die Eröffnung zweier neuer Tagesbaue in Zillingsdorf und Neufeld bzw. Zillingstal und sagt, die Gemeinde Wien habe das größte Interesse, die in der Nähe Wiens befindlichen Kehlenverräte aufzuschließen. In der Nähe der bereits bestehenden Tagesbaue in Zillingsdorf wurden mehr als 30 Bohrungen vorgenommen und diese haben ergeben, daß sich dieselbst weitere

Kohlenverräte befinden, die es rentabel erscheinen lassen, diese Kohle unseren Werken zuzuführen. Die Kohle ist allerdings überlagert von einem Deckgebirge, das zwischen 6 - 20 Metern schwankt. Aber wir haben eine solche Flözschicht gefunden, das man ernstlich darangehen kann, diese Tagesbaue zu erschließen. Der Tagbau 2 liegt zum Teil in Oesterreich, zum Teil in Ungarn. Er hat eine Flözfläche von 59.280 Quadratmetern. Sein reines Kohlenvermögen beträgt 4.3 Millionen Meterzentner Kohle. Die durch-

schnittliche Ueberlagerung beträgt 23 Meter. Die Abraumung wird bis auf 4 Meter Die restlichen 4 Meter, die aus Fögel bestehen, sollen getrennt gefördert werden. Aus diesem können 20 Millionen Stück Ziegel erzeugt werden, die zum Aufbau unserer eigenen Werke von großem Vorteil sein können. 500 Meter südlicher liegt der Tagbau 3. Er hat einen Ausmaß von 116.000 Quadratmetern, eine Mächtigkeit von 5.7 Metern gegenüber 9 Metern des erstgenannten, sein reines Kohlenver-

mögen beträgt 5.3 Millionen Meterzentner. Wir haben also zusammen 9.6 Millionen Meterzentner Kohle, mit denen wir rechnen können. Das gesamte Ertragnis beträgt in diesem Gebiete ungefähr 96.000 Waggen Kohle. Wenn wir täglich 60 Waggen produzieren, so haben wir mit einer Versorgung an Kohle aus diesem neuen Tagbaue für 5 Jahre zu rechnen. Die Qualität der Kohle ist ähnlich derjenigen, die wir heute schon in Zillingsdorffördern. Die notwendigen Kosten werden sich auf zusammen 6 Millionen Kronen belaufen. Die Verarbeiten sind soweit abgeschlossen, daß unverzüglich an die Vergebung der Arbeiten geschritten werden kann, wenn der Gemeinderat heute beschließt, daß diese Tagesbaue erschlossen werden sollen. Wir rechnen, daß die Gesamtschließung in drei Jahren beendet sein wird, und daß wir im ersten Jahr schon zur Kohle kommen werden und auch schon in der Lage sind, den Tögel verarbeiten zu können. Wir haben die leistungsfähigsten Irmen zur Offertstellung eingeladen und schließlich mit einer österreichischen Firma einen Vertrag geschlossen, der die Gewähr bietet, daß die Arbeiten klaglos zur Durchführung kommen werden.

GR. Ing. Schmid (christl.-soz.) betont, dass es ein Glück gewesen sei, dass der damalige Gemeinderat die Opposition gegen die Erwerbung des Kohlenbergwerkes Zillingsdorf überwunden hat und dass das städtische Elektrizitätswerk in die größten Schwierigkeiten gekommen, ja vielleicht zur Einstellung gezwungen gewesen wäre, wenn Zillingsdorf nicht Gemeindebesitz gewesen wäre. Es ist zu begrüßen, dass an die Erweiterung der Tagbaue geschritten wird. Dass die Sache kostspielig sein wird, ist unzweifelhaft weil eine starke Decke über den Kohlenflötzen liegt. Die Sache wird aber dadurch gemildert, dass dieses Abraummaterial nicht nutzlos auf eine Halde geworfen werden muss, sondern ein grosser Teil davon zur Ziegelfabrikation verwendet werden kann. Der Herr Referent hat uns gesagt, dass wir für Grunderwerb 90.000 K. für Pumpen und Rohre 3 Millionen Kronen und für Förderungseinrichtungen ebenfalls 3 Millionen, in Summe also 6 Millionen Kronen veranschlagen müssen ein Vertrag. Er hat uns weiter gesagt, dass bezüglich der Bakkerungen besteht, es soll für diese ein Zeitraum zwischen ein und drei Jahren festgesetzt werden. Wir haben aber gar nichts davon gehört, was sich der Herr Referent über die Kosten der Bakkerung denkt. Man spricht ~~da~~ von grossen Summen; ich habe von 30 Millionen, ja sogar von 90 Millionen gehört. Im Ausschuss ist uns davon nichts mitgeteilt worden. Ich möchte mir daher die Anfrage erlauben, wie sich der Herr Vize-Bürgermeister die Kosten vorstellt, damit

man ein Bild über die ganze Arbeit hat, deren Notwendigkeit wir nicht bestreiten. Wir werden auch für die 6 Millionen stimmen, möchten aber bitten, über die Kostenfrage der Bakkerung aufgeklärt zu werden.

GR. Dr. Glasauer (christl.-soz.): Ich begrüße es, dass Sie in der Sache von Zillingsdorf so ganz in den Fusspuren unserer Partei wandeln. Hiedurch wird es möglich sein, die Sparmassnahmen wenigstens einigermaßen abzubauen. Es ist nur zu bedauern, dass die Kohlengruben auf ungarischen Gebiet liegen und durch den Boykott, den die sozialdemokratische inszeniert hat und fortgesetzt, für uns keinen Wert haben. Bezüglich der Finanzierung des Unternehmens wurde nichts gesagt und ich beantrage entweder in einer vertraulichen Sitzung des Gemeinderates oder im Ausschuss für die Unternehmungen darüber etwas mitzuteilen. Vor den Wahlen ist viel von der Ausnützung der Wasserkräfte gesprochen worden, von der man aber jetzt nichts mehr hört. Ich richte den Appell an Sie in dieser Richtung endlich einmal einen Schritt nach vorwärts zu machen. (Beifall von den Christlichsozialen).

GR. Körber (christl.-soz.): Die Vorlage ist von grosser Bedeutung und sie kennzeichnet die Grösse eines Werkes der früher herrschenden Partei in diesem Hause. Es ist ein weiterer Ausbau der Bergwerke in Zillingsdorf und Neufeld notwendig, dann ist es möglich von dort auch Kohle für die Industrie und Briketts zur Beheizung zu bekommen. Es ist aber überraschend, wenn man hört, dass jetzt Kohle von Wien nach Zillingsdorf hinausgeführt werden muss, um zu verhindern, dass die dortigen Werke nicht zum Stillstande kommen. Das ist eine Folge des Boykottes, weil man die Kohle aus den Werken auf ungarischen Boden nicht herüberbekommen kann, ~~weil~~ so dass Wien von seinen knappen Vorräten noch abgeben muss. Diese Wirtschaft kann nicht geübt werden und man muss nur fürchten, wie es dann im Winter sein wird. Wir sind ein armes Land und müssen nehmen, was wir bekommen, wir müssen also Kohle aus Neufeld nehmen und sind durch den Boykott in die schwierigste Lage gekommen. Ebenso wie Zillingsdorf noch ausgebaut werden muss, so ist es auch notwendig, dass eine Auswertung der Wasserkräfte zur Gewinnung von Energie vorgenommen wird. Das wird aber nicht durch die fortwährenden Streiks geschehen, sondern es muss endlich herangegangen werden, in den Reihen der sozialdemokratischen Partei Umkehr zu machen. Mit schönen Vorlagen allein ist nichts getan. Wir stimmen für die Vorlage, ~~sprechen~~ sprechen uns aber gegen das unselige Moment in der Verwaltung und der Wirtschaft der sozialdemokratischen Partei aus (Beifall bei den Christlichsozialen).

Der Referent Vize Bgm. Emerling (Schlusswort): Es ist unmöglich zu sagen, was der ganze Abraum kosten wird, die Ziffer, die ermittelt wurde, ist nur eine Schätzungsziffer, bei einem Abraumpreis von ungefähr 32 K pro m³ wird man mit einem Betrag von 90 Millionen Kronen zu rechnen haben. Es ist nichts dagegen einzuwenden, dass in dem Ausschuss für Unternehmungen Einzelheiten über den Vertrag bekanntgegeben werden und ich ersuche den Herrn GR. Dr. Glasauer seinen diesbezüglichen Antrag zurückzuziehen. Die Vorwürfe, dass wir im Ausbau der Wasserkräfte nichts gemacht hätten, finde ich merkwürdig, weil man auch sagen kann, dass der Donau-Oder-Kanal nicht zustande gekommen ist, dessen Bauprojekt schon vor 17 Jahren fertig war, und der uns in eine viel bessere Lage versetzt hätte, als in der wir uns jetzt befinden.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

VR. Emerling referiert/weiters über einen Vertrag, den die städtischen Elektrizitätswerke mit der Raaber Spiritusfabrik- und Raffinerie A.G. in Wien wegen 3monatlicher Miete von 40 Kesselwagen für Heizöl abschließen soll. Der Preis sei allerdings sehr hoch und betrage 500 K für einen Wagen. Diese Miete bedeute für den Preis des Heizöls eine Erhöhung von 70 Hälern per Kilogramm. Dies sei nur eine geringfügige Belastung. Der Antrag wird ohne Debatte genehmigt.

GR. Dr. Fränkel (Soz. Dem.) berichtet über das Uebereinkommen mit der allgemeinen Depositenbank, betreffend die Erwerbung und Verwertung von Freischürfen der Österreichischen Bohr- und Schurfgesellschaft bei Wien, und verweist auf die knapp vor den Toren von Wien auf die verschiedenen Gesellschaften vorgenommenen Bohrungen auf Wasser, welche abgebrochen wurden weil Kohle gefunden wurde. Dann hat die Österreichische Bohr- und Schurfgesellschaft, hinter der die Depositenbank steht, in Maria Lanzendorf eine Bohrung unternommen, bei der in einer Tiefe von 95 Meter dann bei 163 Meter Kohlen Spuren gefunden wurden, die sich bei 347 Meter verdichten. Schließlich hat diese Bohrung, die behördlich konstatiert wurde, bei 375 Meter eine nicht mehr durchlöcher verunreinigte Kohle gezeigt. Es wurde eine Mächtigkeit des Kohlenflötzes von 3 Meter konstatiert. Bei einer zweiten Bohrung hat man wieder bei über 340 Meter Kohlenverkommen gefunden. Die bei der spülenden Bohrung gefundene Kohle ergab einen Kaloriengehalt von über 4000. Wenn die weiteren Bohrversuche zu gleichen Resultaten führen, stehen wir vor einem Kohlenverkommen, das vom Steinfeld aus auf das Wiener Terrain und von diesem die Donau untersetzt, und von dem wir uns, wenn sich alles bewahrheitet, Ungeheures Versprechen können.

Dieses Kohlenverkommen ist von der Bohr- und Schurfgesellschaft mit Freischürfen vollständig belegt, die an unsere Zillingsdorfer Schurfgesellschaften. Dieses Verkommen wurde der Gemeinde Wien zum Kauf. Ist das Ergebnis, welches nach langen Fallsachen zustande gekommen ist. Wir haben zuerst mit der Depositenbank als unseren Kompagnon ein Komitee gewählt, welches sowohl mit der Bohr- und Schurfgesellschaft als auch mit der Depositenbank selbst Verhandlungen gepflogen und die Anträge zu verbessern gesucht. Der vorliegende Antrag abzuhelfen. Diesem Verträge ist ein Uebereinkommen angeschlossen.

nachdem die Bohr- und Schurfgesellschaft berechtigt ist, für uns nach Lohn zu bohren. Nach dem heute geltenden Bergrechte haben wir keine Möglichkeit dem zweiten Vertragsschließenden Teile von seinen Bergrechten etwas wegzunehmen, sondern wir müssen auf seine Bedingungen eingehen. Wir müssen den Vertrag schließen in dem Bewusstsein daß er nicht immer ^{ganz} zu Gunsten der Gemeinde Wien ist. Wir dürfen nicht glauben, daß jemand aus lokalpatriotischen Gründen der Gemeinde Wien bei diesem Geschäft etwas schenkt. Wir gehen ein Hoffungsgeschäft ein, aus welchem eventuell sehr große Resultate hervorgehen kann und riskieren dabei eine verhältnismäßig sehr kleine Summe.

Redner bespricht weiter eingehend die einzelnen Punkte des Vertrages und erwähnt hierzu, dass die Bohrgesellschaft der Gemeinde 3 Bohrzeuge übergeben hat und dass die Gemeinde die Bohrungen durchführen könne, wie sie wolle. Für das Bohrzeug ist eine monatliche Leihgebühr von 15000 K zu zahlen und die Bohrungen, welche bereits laufen, gehen auf Kosten der Kompagnie, d. i. der Gemeinde und die Depositenbank. Die Kosten, welche auflaufen, abzuschätzen ist sehr schwer. Vorerst sollen 2½ Millionen Kronen als Kredit gegeben werden von der Gemeinde, die verbort werden können, dazu kommt ein gleicher Betrag der Depositenbank. Zu betonen wäre auch dass die Führung der Dorgesellschaft den Elektrizitätswerken übertragen wird, die sich für die Bohrungen interessieren und die die Möglichkeit haben, die Kohle an Ort und Stelle zu vergasen. Wenn die Sache mit den Bohrungen sich so gestalten sollte, wie man hofft, wenn Kohlenvorkommen konstatiert werden, so wird sie die ganze Wirtschaft in Wien ändern müssen. Die Strassenbeleuchtung wird anders werden müssen, da es ein Unding ist, dort Gas zu verwenden, wo Strom vorhanden ist. Es wird mit ~~Strom~~ Strom beheizt und mit Gas gekocht werden müssen. Die Verwüstung der Kohle wird ein Ende nehmen müssen. Denn in Zukunft wird mit jeder Kalorie gespart werden müssen. Wenn vorläufig das ganze Kohlenvorkommen ~~in den Händen der~~ Elektrizitätswerken überlassen wird, so wird es später notwendig sein, das gesamte Kohlenvorkommen in eine Hand zu legen. Ein Kohlenamt der Stadt Wien mit einem tüchtigen Fachmann an der Spitze, wird das regulierende Moment sein, und es wird bestimmen können, ob wir und wie weit wir uns von den Sparmassnahmen lösen können.

Was die Resolution des Finanzausschusses bezüglich der Unterstützung des Staates bei der von der Gemeinde geplanten Unternehmungen betrifft, so glaubt, der Referent sagen zu müssen, dass die Gemeinde Wien froh sein wird, die Möglichkeit zu haben, dass die Kohle, die sie selbst abräumt und die ihr Eigentum ist,

selbst für sich zu verwerten. Die Gemeinde wird trachten müssen, die Bevölkerung so mit Kohle und Energie zu versorgen, dass die Menschen ihre Arbeit und ihr Brot finden. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

GR. Schmid (christlichsozial) bespricht in ausführlicher Weise die technische Seite der Vorlage und meint, dass die Gemeinde Wien das Risiko des Schürfens mit Rücksicht auf die günstigen Gutachten der Geologen und der bisherigen Bohrungen übernehmen könne. Den Punkt des Vertrages, dass die Beschlussfassung, ob Bohrungen fortzusetzen oder einzustellen sind, müsse mit Stimmeneinhelligkeit erfolgen, findet Redner gefährlich und schlägt vor, den Wortlaut der Bezüglichen Vertragsstelle folgendermassen festzusetzen: „Die Beschlussfassung, ob die Bohrungen fortzusetzen sind, muss in Verwaltungsrate, bzw. im Ausschusse mit 2/3 Majorität erfolgen. Schliesslich erklärt Redner, dass unter der Voraussetzung, wenn diese neue Belastung für die Gemeinde erträglich ist, sein Klub für die Anträge stimmen werde, weil er nicht die Verantwortlichkeit übernehmen will, dass durch ein absprechendes Urteil zum Ausdruck gelange, dass wir in die Sache kein Vertrauen setzen und weil wir nicht wollen, dass eine Gelegenheit versäumt wird, die vielleicht niemals wiederkehrt.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) steht auf dem Standpunkt dass niemand in der Gemeindeverwaltung gegen einen derartigen Antrag stimmen kann, hält es aber für seine Pflicht auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die der Gemeinde Wien dann drohen wenn sie nur aus der Not der Zeit heraus, unter allen Umständen für die Kohlenversorgung der Stadt vorzusehen, Verträge schliesst, die ihr vielleicht grosse materielle Auslagen verursachen können. Er wendet sich gegen die Bestimmung des Vertrages, wonach die Beschlussfassung, ob die Bohrungen fortzusetzen oder einzustellen sind, mit Stimmeneinhelligkeit erfolgen müsse, und sagt: Man müsste annehmen, dass es noch ein drittes gibt, was geschieht, wenn weder ein einhelliger Beschluss für die Fortsetzung der Bohrungen noch ein einhelliger Beschluss auf Einstellung der Bohrungen zustande kommt? Gerade dieser Absatz beeinflusst den Wert des ganzen Vertrages für die Gemeinde in höchst ungünstiger Masse. Wenn die Bank die Gemeinde dewart in der Hand hat, hat unsere scheinbare Majorität in der Frage nichts zu bedeuten. Ich halte es für vollkommen ausgeschlossen, dass dieser Vertrag mit dieser oder ähnlichen Bestimmungen im Gemeinderat angenommen werden

kann. Ich will die Sache nicht verzögern und schliesse mich dem Antrage des Regierungsrates Schmid an, dass das Komitee beauftragt wird, den Vertrag in diesen Punkte abzuändern. Ich rechtlicher Beziehung ist zu bemängeln, dass in der Frage der Umwandlung der jetzigen Gesellschaftsform in eine Aktiengesellschaft die von bürgerlichen Gesetzbuche geforderte genaue Spezialisierung des Vorvertrages fehlt. Ich bin für die Annahme des Referates, stimme aber nur unter der Voraussetzung zu, dass der Herr Referent sich damit einverstanden erklärt, dass das Komitee beauftragt wird, diese beiden Änderungen vorzunehmen.

Referent GR. Dr. Fränkel (Schlußwort): Das Komitee war nicht in der Lage den Vertrag eine ganz klare Fassung zu geben und auch der Antrag des GR. Dr. Schwarz-Hiller enthält nicht das, was wir alle wünschen. Ich möchte daher folgenden Vorschlag machen: Der Gemeinderat soll sich für die drei Markt Verträge aussprechen mit Ausnahme des § 5 l. Absatz des ersten Vertrages. Das Komitee soll mit der Aufgabe betraut werden, den Vertrag so zu formulieren, wie er am besten der Gemeinde entspricht und die Verhandlungen mit der Depositenbank so zu führen, damit die feste Formulierung durchgesetzt werden kann. Wenn die Formulierung eine klare ist so läuft die Gemeinde ein Risiko mit 2½ Millionen Kronen. Die Kreditfrage ist in dem Vertrage zum Teil gelöst und es ist schwer heute zu sagen, ob wir die Kapitalien, die der Betrieb eines solchen Werkes verhängt, glatt decken können. Der Geldmarkt wird in der nächsten Zeit sehr in Anspruch genommen werden, ändert die Depositenbank wird auch der Gemeinde später Kredite einräumen müssen. Es wäre aber sanguinisch zu glauben, daß die Kohlenfrage in den nächsten Jahren glatt gelöst werden wird. Ueberall sehen wir das Bestreben, das darauf hinausgeht, möglichst viel Energievorräte zu bekommen. Es ist daher auch Pflicht der Gemeinde dort zuzugreifen, wo Kohle zu haben ist. Wenn wir dies Glück haben so große Kohlenvorkommen in der Nähe zu haben, so wäre es ein schwerer Fehler, wenn wir diese Kohlenmengen auslassen würden. (Beifall).

Bei der Abstimmung wird die Vorlage/einstimmig angenommen.

Herrmann: Die Wortmeldung zu Post 17 wurde zurückgezogen und ist dieses Geschäftsstück daher angenommen.

GR. Richter (Soz. Dem.) berichtet über die Stiftung eines Wanderpreises der Gemeinde für das Witschwimmen „Quer durch Wien“ und „Quer durch die alte Donau“ des Arbeiter- und Soldatensportvereines. Sein Antrag wird angenommen.

GR. Siegel (Soz. Dem.) berichtet über die Erweiterung des Zentralfriedhofes, dessen Belegraum nahezu erschöpft ist. Es ist not-

wendig Verkehrungen zu treffen, das Platz für Graber geschaffen wird. Das ganze Projekt wird ungefähr 41 Millionen Kronen erfordern das ist vorläufig nur an die Durchführung eines Teiles der Erweiterung gedacht, die 2 Millionen Kronen beansprucht wird. Bei dieser Erweiterung soll der Versuch unternommen werden, dem Friedhofe

unser Anblick, den jeder Friedhof vor seiner Fertigstellung zu nehmen. Er soll mit Bäumen bepflanzt werden.

GR. Rötter (christl.-soz.): Sie vergrößern den Zentralfriedhof, scheinen also von der Idee der Leichenverbrennung abgegangen zu sein. In der Vorlage nennen Sie einen Betrag von 31 Millionen, dem Herr Referent auf 41 Millionen erhöht hat. Ich verweise aber wie gross die neue Fläche sein wird. Der Betrag erscheint mir viel zu hoch und ich kann nicht annehmen, dass die Grunderwerbung und Befriedung so viel kostet. Ich möchte auch erwähnen, dass der Zentralfriedhof heute einen jämmerlichen Eindruck, jetzt zeigt es sich was für furchtbare Folgen die exorbitante Erhöhung der Grabaussehmelzgebühren nach sich gezogen hat. Vor drei Wochen habe ich den Herrn Bürgermeister bezüglich der Kriegsgräber befragt, und zur Antwort bekommen, es fehle an Arbeitern. Wir wissen genau, dass es an Arbeitern nicht fehlt, sondern an Arbeit. Von einem Leidtragenden wurde mir berichtet, welche Zustände auf dem Zentralfriedhof zur Zeit des Streiks geherrscht haben. Schön aus sanitären Rücksichten hätten Sie darauf hinwirken sollen, dass die Leichen getragen werden. Die Zustände, die heute auf dem Zentralfriedhof herrschen, sind beschämend.

GR. Siegel (Sozialdemokrat): Ich glaube den Herrn Redner nicht auf alle die Dinge, die er vorgebracht hat, erschöpfend antworten zu können, aber eines möchte ich sagen, Sie irren, wenn Sie glauben, dass die Idee der Leichenbestattung von uns aufgegeben wurde. Ich kann Ihnen ankündigen, dass Sie sich in den nächsten paar Wochen mit einem diesbezüglichen Antrag beschäftigen können. Ich bin von unserer Seite niemals behauptet worden, dass durch die Einführung eines Krematoriums die Friedhofsfrage gelöst ist. Wir wissen, dass nur ein kleiner Bruchteil der Bevölkerung davon Gebrauch machen wird, aber was wir wollen ist, dass die Leute, die ihren Leichnam lieber verbrennen lassen, Gelegenheit dazu finden. Was nun die Verwahrlosung der Friedhöfe anbetrifft, so machen Sie eben keine Ausnahme von den Verhältnissen. Wenn Sie die Häuser und Strassen anschauen und in das Inventar jedes Bürgers dieser Stadt schauen, werden Sie finden, dass eine Verwahrlosung eingetreten ist, die in den Verhältnissen liegt. Was die Kriegsgräber anbetrifft, so anere ich mich nicht, dass der Herr Bürgermeister die Schuld auf Mangel an Arbeitern geschoben hat, sondern die Ursache liegt da in, dass man sich genötigt sieht, die Gräber in möglichst einfacher und billigster Form auszumachen. Was den Streik anbetrifft, möchte ich feststellen, dass er sehr unangenehm ist, aber

da die dem Verlangen der Gemeinde die Leichenbestatter insofern Rechnung getragen haben, dass sie heute schon den Streik beendet haben, um in Verhandlungen einzugehen.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

GR. Siegel (Soz. Dem.) berichtet über die Kosten verschiedener Arbeiten für die Kriegswohnhäuser Siedelung Schmelz und beantragt die Mehrkosten von 850.000 Kronen für die Herdlieferung, das Mehrerfordernis von 4.029.809 K für die Einrichtung der Wasserleitung, die Kosten von rund 2.700.000 K für die Gasanrichtungsarbeiten, für die Herstellungsarbeiten von 427.200 K und die jährlichen Gasverbrauchsarbeiten 63.360 K für die öffentliche Gasbeleuchtung sowie das Mehrerfordernis von 2.000.000 K für die Spengler-, Ziegel- und Spenglerarbeiten zu genehmigen.

GR. Rötter (chr. soz.) bemerkt, er hätte bei einer Forderung von Mehrkosten im Betrage von 10.185.809 K erwartet, dass der Referent über die ganze Siedelung mehr berichtet. Er frage daher den Referenten wie groß die gesamten Kosten dieser Häuser sind, wieviele Wohnungen und wie groß diese sind, wie groß der Zins ist und wie hoch sich diese Wohnungen stellen.

GR. Gabriele Walter (chr. soz.) spricht den Wunsch aus, dass bei Bauten und bei Adaptierungen von Häusern darauf Rücksicht genommen wird, in den Wohnungen Gasherde einzubauen.

Referent GR. Siegel (Schlußwort): In der Budgetdebatte wird sich Gelegenheit geben, ausführlich über den Bau der Wohnhäuser auf der Schmelz zu sprechen. Ich will nur dem GR. Rötter sagen, dass die Gesamtkosten dieser Häuser im Kriege auf ungefähr 15 Millionen Kronen zu stehen kamen, und dass sie ungefähr 1000 Wohnungen enthalten haben. Als man vor Jahresfrist daran ging das Projekt auszuführen hat man die Wohnungen aus ein Drittel zusammengestutzt, der Betrag hierfür ist auf 40 Millionen Kronen gestiegen. Als nun im Dezember des Vorjahres die Preiswelle eintrat, so hatte das zur Folge, dass wir heute ungefähr 500 Wohnungen bekommen, die 72 Millionen Kronen kosten werden. Eine Wohnung bestehend aus Zimmer, Küche und Kabinett, eventuell mit ^{kleinen} Nebenräumen würde einen Mietzins von ungefähr bis höchstens 14 bis 16.000 Kronen verlangen. Ueber den Mietzins kann aber derzeit noch keine Ziffer angegeben werden. Es muß auch angegeben werden, dass der Baufortschritt auf der Schmelz kein befriedigender ist. Das hängt damit zusammen, dass lange Zeit hindurch ein ungeheurer Mangel an Zement geherrscht hat und dass heute noch die die Spenglerarbeiten auszuführen sind, Blech fast nicht zu haben ist und das 80fache des Friedenspreises kostet. Was die Einbauung von Gasherden anlangt, so kann dieses Verlangen nicht durchgeführt

werden, weil der Gasverbrauch ein beschränkter ist. In den Wohnungen auf der Schmelz ist überall für Gasbeleuchtung und für die Anbringung von Gasrechnungen gesorgt.

Die Anträge des Referenten werden angenommen.

GR. Speiser (Soz. Dem.) referiert über die Bezugsregelung der Hilfsärzte im Jubiläumsspital. Es sollen erhalten: Assistenten jährlich 2.800 K Gehalt, 6000 K Teuerungszulage und 1200 K Steuerzulage, Sekundärärzte 2000 K Gehalt, 7.600 K Teuerungszulage und 1200 K Steuerzulage, besoldete Aspiranten 1200 K Gehalt, 3000 K Teuerungszulage und 1200 K Steuerzulage.

Mit den Bezügen, die der Herr Referent empfiehlt, ist es heute einer Familie möglich, die im Spital zur Ausgabe gelassene Kost zu beziehen. Eine Bedienerin im Spital bezieht 1300 Kronen monatlich, der Arzt, der mehr als 7 Jahre bereits Dienst macht, hat bis heute alles in allen 680 K. Auch in den heutigen Ansätzen ist die Bezahlung in keiner Weise befriedigend. Es ist vielleicht das sozialdemokratische Prinzip, dass alle Menschen den gleichen Lohn haben. Es hat sich aber gezeigt, dass Sie dieses Prinzip nicht mehr einhalten. Es gibt von Ihnen angestellte Aerzte, die bedeutend höhere Bezüge haben, als die andere. Rodner ist als Beispiele der Generalstabarzt Dr. Pick und Oberstabsarzt Dr. Schaerf an. Ich stelle den Antrag des Referenten zur Verbesserung zurückzuverweisen und besonders darauf zu sehen, dass jene Aerzte, denen keine Dienstwohnung gewährt werden kann, ein Wohnbeitrag entsprechend den Wohnverhältnissen in Hietzing, gegeben werde, und dass überhaupt die Löhne der Aerzte entsprechend den anderen Angestellten der Gemeinde Wien geordnet werde.

Referent erklärt sich gegen den Rückverweisungsantrag aus, welcher abgelehnt wird.

GR. Speiser (Soz. Dem.) bedauert in seinem Schlußworte, dass unter der Herrschaft der Christlichsozialen Arztwohnungen in einer Kapelle in eine Messnerwohnung umgewandelt wurden, dass Arztwohnungen christlichsozialen Beamten, die mit der damals herrschenden Partei in guten Beziehungen gestanden sind, zugeschenkt wurden. Hilfsärzte sind nicht Angestellte der Gemeinde Wien, sondern es handelt sich um Aerzte, die dort ihre erste Praxis machen und ein gewisses Lebensminimum bekommen. Zur Zeit der Herrschaft der Christlichsozialen hatten die Hilfsärzte 60 K monatlich und das Recht auf das Essen im Spital nur dann, wenn sie im Spital wirklich im Dienst gestanden sind. In der Messnerfrage wird den Aerzten bei den Verhandlungen über die Aufhebung der Bestandenheiten von der Bevölkerung nicht mehr ertragenden all-

gemeinen Begünstigung ein weit über das Ausmaß des den anderen Bediensteten bewiesenen entgegenkommenden hinausgehendes entgegenkommen entgegengebracht werden. Es ist unmöglich, dass die Gemeinde zwischen den Hilfsärzten im Jubiläumsspital und in den Fondospitalern eine große Unterschiede schafft. Sie sind um einen Schritt vor den übrigen Hilfsärzten in den Fondospitalern voraus. Ich vertere was bei den wirtschaftlichen Verhältnissen der Gemeinde möglich ist. Ich hoffe, dass Kollege Glasauer für sein Eintreten für die Aerzte den gewünschten politischen Erfolg wird einheimen können.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Stadtsenates angenommen.

GR. Winter (Soz. Dem.) berichtet über die Erhöhung der Verpflegungskosten für alle Versorgungsanstalten ab 1. April, die von diesem Tage an mit 40 K pro Kopf und Tag festgesetzt werden sollen.

GR. Gabriele Walter (christl.-soz.) spricht die Erwartung aus, dass diese Erhöhung auch einen unmittelbaren Nutzen für die Pflöglinge in Bezug auf Quantität und Qualität der Kost anlangt. Sie weist darauf hin, dass besonders die Handwerker durch das Entgelt, dass für ein Mittagessen bezahlt werden muß, hart getroffen werden. Wenn diese für ein Mittagessen 22 60 K zahlen müssen, so ist das ein Preis, der nicht erschwinglich ist.

Referent GR. Winter weist darauf hin, dass die Versorgungsanstalt sich bei der Verabreichung der Mittagkost und des Entgeltes dafür an den entsprechenden Gemeinderatsbeschluss halten. Dieser schafft einen Zustand der Verantwortlichkeit für alle Angestellten.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen. Hierauf wird die Sitzung geschlossen.